



Sozialdemokratische Partei Stadt Bern

Monbijoustr. 61, Postfach 1096, 3001 Bern, Tel. 031 370 07 90, Fax 031 370 07 81, sekretariat@sp-bern.ch, www.spbern.ch

Finanzdirektion des Kantons Bern
Herrn Regierungsrat Urs Gasche
Münsterplatz 12
3011 Bern

Bern, 30. Mai 2008

Bericht zur Optimierung der Aufgabenteilung und des Finanz- und Lastenausgleichs im Kanton Bern (FILAG 2012); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Finanzdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP der Stadt Bern nimmt die Gelegenheit wahr, zum obenstehenden Geschäft eine Stellungnahme einzureichen. Der Finanz- und Lastenausgleich hat eine enorm starke Auswirkung auf den Handlungsspielraum der Stadt Bern, beziehungsweise auf deren finanzielle Belastung. Als grösste Zentrumsstadt im Kanton ist die Berücksichtigung der daraus resultierenden Mehrbelastungen aus Sicht der SP der Stadt Bern unabdingbar (speziell in den Bereichen Schule, Sozialhilfe, Integrationsbedarf, ÖV, Strassenbelastung, Kultur).

Allgemeine Bemerkungen

Die SP des Kantons Bern begrüsst ausdrücklich die Weiterentwicklung des Finanz- und Lastenausgleichs im Kanton Bern. Das FILAG soll ein finanztechnisches Instrument bleiben, um übergeordnete Ziele des Kantons zu verwirklichen. Wir beurteilen deshalb nicht ausschliesslich die finanzielle Seite, sondern übermitteln Ihnen auch unsere Überlegungen zu Raum, Entwicklung und Lebensqualität. Die Gesamtstrategie für den ganzen Kanton soll sich nicht nur an den Bedürfnissen ländlicher Regionen messen, sondern soll sich stark an denjenigen der Städte orientieren, die als Zentren „Motorfunktion“ für den Kanton haben.

Die SP der Stadt Bern stimmt folgenden Grundsätzen zu:

- Differenzierte Weiterentwicklung der Zentrumslasten, insbesondere bei den Städten
- Überprüfung der Mittel- und Aufgabenzuteilung von Kanton und Gemeinden
- Einschränkung des Steuerwettbewerbs unter den Gemeinden
- Keine falschen Anreize gegen Fusionen (Strukturerhaltung)
- Keine überstarke Entlastung sehr finanzschwacher Gemeinden
- Keine falschen Anreize für eine Zersiedelung und unkoordinierte Überbauungen, Verstärkung des Bezugs zum Richtplan

Stellungnahme zu den Leitsätzen

Leitsatz 1/Beurteilung FILAG

Die SP der Stadt Bern teilt die im Grundsatz positive Beurteilung des FILAG nicht. Für viele Städte ist der finanzielle Handlungsspielraum verkleinert worden. Das Verhältnis zwischen der Finanzierung der Verbundaufgaben und den Entlastungen durch FILAG ist nicht im erwarteten Masse eingetroffen. Die anerkannterweise angestiegenen Zentrumslasten wurden nicht berücksichtigt.

Leitsatz 2/Harmonisierungsfaktor und Mindestausstattung

Der Delegation von Kompetenzen an den Regierungsrat für Kürzungen der Mindestausstattung stimmt die SP Stadt Bern zu. Die entsprechenden Grundsätze sollen ausformuliert und transparent gemacht werden.

Der Anpassung des Harmonisierungsfaktors auf den Wert von rund 1.65 wird zugestimmt. Es erstaunt allerdings, dass der Harmonisierungsfaktor auf der Steueranlage und nicht auf der Steuerkraft der Gemeinden basiert.

Es ist eingehend zu prüfen, die Mindestausstattung nur Gemeinden zu gewähren, die eine bestimmte Einwohnerzahl aufweisen (500 oder 1000 Einwohner). Damit wird der unerwünschten Beibehaltung von Kleinstgemeinden nicht auf Kosten der finanzkräftigeren Gemeinden Vorschub geleistet.

Die Anrechnung der Mehrbelastung des Kantons durch die Mindestausstattung wird abgelehnt.

Leitsatz 3/Zentrumslasten

Die SP der Stadt Bern spricht sich klar gegen eine Streichung des Abzugs der Zentrumslasten beim harmonisierten Steuerertrag aus, bzw. verlangt eine vollumfängliche Kompensation. Die pauschale Abgeltung soll zu 100% erfolgen. Der Kernstadtfunktion soll dabei Rechnung getragen werden. Die drei grossen Städte dürfen finanziell nicht schlechter gestellt werden.

Die Entlastung der Agglomerationsgemeinden wird nicht abgelehnt. Die Agglomerationen profitieren in stark von ihrer Nähe zu den Zentren. Die bisherige Regelung ist begründet und soll weitergeführt werden. Der Einbezug von Burgdorf und Langenthal wird begrüsst. Aus Sicht der Stadt Bern müsste jedoch die Agglomeration Langenthal genauer definiert werden.

Leitsatz 4/Ausgleich Lasten im ländlichen Gebiet

Dass ländliche Gebiete von besonderen Lasten entlastet werden, befürwortet die SP Stadt Bern. Die übergeordneten Entwicklungsziele des Kantons dürfen jedoch nicht in Frage gestellt werden.

Geografisch-topografische und soziodemografische Zuschüsse müssen nach klaren und nachvollziehbaren Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Eine Zusatzbelastung der Stadt Bern ist absolut zu vermeiden.

Leitsatz 5/Lastenausgleich Volksschule

Die Umstellung des Steuerungsmodells im Volksschulbereich birgt noch viele Ungewissheiten, wie dies auch aus dem Bericht hervorgeht. Die Stadt Bern bevorzugt deshalb die Weiterarbeit an einem Modell, welches die Grundmodelle 1 und 3 kombiniert. Dies, obwohl aus pädagogischen und bildungspolitischen Überlegungen Variante A vorzuziehen wäre. Damit würde ein Steuerungssystem geschaffen, das auch den Ansprüchen an eine kosteneffiziente Schulorganisation genügen würde. Das Modell A hätte jedoch für die Stadt Bern ohne Lastenverteiler eine finanzielle Mehrbelastung von über 2 Millionen Franken zur Folge.

Leitsatz 6/Lastenausgleich Sozialhilfe

Die SP der Stadt Bern befürwortet eine Optimierung des bisherigen Systems und lehnt die Einführung eines Selbstbehalts in der institutionellen Sozialhilfe ab. Ein verlässliches, regelmässiges Sponsoring für den Sozialbereich halten wir für eine Illusion.

Einen Selbstbehalt in der individuellen Sozialhilfe lehnen wir ebenfalls ab.

Die Einführung eines soziodemografischen Zuschusses begrüsst die SP Stadt Bern als Ausgleichsfaktor für die sogenannte „A-Problematik“. Eine abschliessende Beurteilung kann jedoch nur in Kenntnis von Berechnungsmodi erfolgen.

Der Lastenausgleich darf nicht abgeschafft werden.

Leitsatz 7/Lastenausgleich öffentlicher Verkehr

Die Zentrumsstädte, die naturgemäss ein dichteres ÖV-Netz anbieten, werden mit dem aktuellen Kostenschlüssel benachteiligt. Die Sonderlasten der Städte – durch ein enges ÖV-Netz, von dem Pendler/innen aus der Agglomeration beispielsweise speziell profitieren – müssen besonders angerechnet werden.

Leitsatz 8/Strassengestz

Für die SP der Stadt Bern ist fraglich, ob eine Aufhebung der Kantonsbeiträge mit der Erhöhung der pauschalen Abgeltung der Zentrumslasten kompensiert werden kann.

Leitsatz 9/amtliche Vermessung

Die durch die Kantonalisierung entstehenden Mehrkosten müssen transparent sein.

Leitsatz 10/Asylwesen

Die Mehrbelastung der Gemeinden, die ab dem 8. Aufenthaltsjahr anfallen, müssen in der Globalbilanz gutgeschrieben werden. Speziell, falls ein Selbstbehalt eingeführt werden sollte.

Leitsätze 11 – 12

Keine Bemerkungen.

Leitsatz 13/Kulturbereich

Keine Bemerkung, da das neue Kulturkonzept noch nicht bekannt ist.

Leitsatz 14/Krankenkassenprämie EL- und Sozialhilfebereich

Die Verbilligung von Krankenkassenprämien für EL- und Sozialhilfebezüger/innen muss weiterhin vom Kanton übernommen werden.

Leitsatz 15/Sozialversicherungen/Ergänzungsleistungen

Keine Bemerkungen.

Leitsatz 16/Arbeitsgerichte und Mietämter

Die SP der Stadt Bern ist der Auffassung, dass die Kantonalisierung nicht angerechnet wird (analog Justizreform). Wir sprechen uns ebenfalls klar dafür aus, dass die erfolgreich und niederschwellig arbeitenden Arbeitsgerichte beibehalten werden.

Leitsatz 17/Gemeindefusionen

Die SP der Stadt Bern begrüsst Gemeindefusionen. Wir sind überzeugt, dass die Leistungsangebote vieler Gemeinden durch Fusionen optimiert werden können.

Leitsatz 18/Globalbilanz

Mit Blick auf die Zentrumslasten, die Finanzlage der Stadt Bern und die bisher nicht ausreichend abgegoltenen Zentrumslasten ist eine Steuerbelastungsverschiebung abzulehnen.

Leitsatz 19/Analyse

Die SP Stadt Bern begrüsst die regelmässige Überprüfung und Analyse des FILAG.

Leitsatz 20/Inkraftsetzung

Keine Bemerkungen.

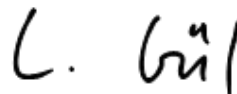
Wir danken Ihnen, wenn Sie bei der Neuausgestaltung des FILAG die Bemühungen der Zentren honorieren, die ihre Aufgaben zum Wohle ihrer Bewohner/innen, jedoch explizit auch zum Wohle von Pendler/innen und Besucher/innen der Städte auszuüben und damit zu einer positive Ausstrahlung des Kantons Bern beitragen.

Mit freundlichen Grüssen



Béatrice Stucki

Co-Präsidentin SP Stadt Bern



Leyla Gül

Parteisekretärin SP Stadt Bern